

Politik für die Bürger/innen von Borken
Zeit zum Wechsel! Zeit für Veränderungen ! Borken hat die Wahl

Bürger/innenwille hat Vorfahrt

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2009 (Entwurf)

1. Arbeit, Wirtschaftsförderung und Finanzen

Die Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, ist Voraussetzung für die weitere Entwicklung Borkens. Deshalb wollen wir keine stärkere Belastung der ortsansässigen Firmen durch Abgaben und Steuererhöhungen.

Die vorhandenen Gewerbeflächen in Borken und den Ortsteilen müssen effizient vermarktet werden, damit sich neue Betriebe ansiedeln. Es fehlt noch ein schlüssige Konzept für die Flächen "alte Kaserne" Vorrangig sollen die noch freien Flächen, wie z.B. an der Landwehr, veräußert werden, bevor die Erschließung neuer Industriegebiete erfolgt. Für das Industriegebiet an der A31 fordern wir eine realistische Kostenschätzung für alle Erschließungs- und Ausgleichsmaßnahmen, damit wir beurteilen können, ob die Subventionierung, die hier stattfindet, akzeptabel ist.

Der Mittelstand, das Handwerk und der Handel schaffen und erhalten wesentlich mehr Arbeitsplätze als einzelne Großbetriebe, die hoch subventioniert werden, dann aber keine Gewerbesteuer zahlen.

Die Effizienz der kommunalen Dienstleistungsgesellschaft ist nicht überzeugend und deshalb soll die Zusammenarbeit eingestellt werden, damit heimische Firmen und Handwerker wieder bevorzugt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden. Die Freien Wähler werden nach der Wahl einen entsprechenden Antrag stellen.

Eine aktive Wirtschaftspolitik beinhaltet aber auch die Förderung und Unterstützung berufsqualifizierender Maßnahmen für Benachteiligte sofern dadurch der erste Arbeitsmarkt nicht negativ beeinflusst wird.

Eine höhere Belastung der Eigenheimbesitzer durch Abgaben- und städtische Steuern lehnen wir ab weil das Geld durch direkten Konsum eine größere Wirkung erzielt.

Bei allen städtischen Vorhaben legen wir Wert auf eine seriöse Finanzierung. Bei allen Investitionen entscheiden wir gemäß der Kriterien: a) unbedingt erforderlich, b) notwendig, c) wünschenswert aber nicht wirklich wichtig und somit gegebenenfalls zu unterlassen. Weiterhin ist es für uns ein unabdingbares Muss, die Folgekosten allen Tuns in die Entscheidungen einzubeziehen bevor!!! der Startschuss fällt.

Aus der Rücklage soll generell nichts mehr entnommen werden insbesondere jedoch nicht für die Finanzierung von unrentierlichen Großprojekten.

Ein besonderer Zweig der Wirtschaftsförderung ist der Tourismus. Die Voraus-

setzungen dafür werden immer besser. Natur- und Landschaftsschutzgebiete rund um Borken erhöhen den Freizeitwert für sanften Tourismus ungemein. Dies gilt es in und um Borken zu forcieren, da Borken auch und gerade für diese Art Tourismus interessanter werden muss. Mit der Aufwertung der Schlosslandschaft in Gemen (Klostergarten) sind auch hier erste Weichenstellungen vorgenommen worden.

Vielleicht ist es tatsächlich möglich, eine Landesgartenschau (SPD Antrag) nach Borken zu holen. Eine attraktivere Gestaltung der Vennegärten und des Lunaparks mit Möglichkeiten für regelmäßige Konzerte und andere Darbietungen unter der „Muschel“ im Park würden die Stadt insgesamt beleben und das Geld bliebe in Borken.

Im Bereich der Verwaltung ist eine ausreichende Kontrolle über die Beantragung von Zuschüssen aus Landesmitteln und Fördergeldern wichtig, damit zuschussfähige Projekte nicht am Geld scheitern.

Bürgerhaushalt: Bürgerinnen und Bürger sollen in Zukunft in verstehbarer Form über den Haushalt der Stadt informiert werden und können unbürokratische Vorschläge machen, wofür die Kommune Geld ausgibt. Das Ziel besteht darin, mehr Engagement für richtungweisende Entscheidungen, aber auch Verständnis für Sparmaßnahmen zu entwickeln. Die Haushaltsberatungen werden dadurch transparenter und die Bürgerinnen und Bürger werden in die Ausgabenpolitik eingebunden. Die Entscheidung über den Haushalt bleibt natürlich in der Hoheit des Stadtrates.

2. Jugend, Familie und Soziales

Bei den Podiumsdiskussionen mit den Schülern in den letzten Wochen hat sich gezeigt, dass sich die Jugendlichen von der Politik nicht wahrgenommen fühlen.

Jugendpolitik macht nur dann Sinn, wenn die Probleme und Bedürfnisse der Jugendlichen ernst genommen werden. Insgesamt wurde der Wunsch nach mehr Beteiligung an der Kommunalpolitik laut. Ein Jugendparlament war dann auch erklärtes Ziel aller Parteien welches dann die Möglichkeit braucht, mindestens zweimal jährlich die Vorstellungen der Jugendlichen im Stadtrat darzustellen. In diesem Zusammenhang fänden wir auch mehr Demokratie im Ausschuss für Jugend und Familie sinnvoll – die beratenden Mitglieder der Jugendhilfeträger sollten Stimmrecht erhalten, denn wer sich kümmert, sollte auch mitentscheiden können.

Besonders wichtig erachten wir die „Jugendförderung“ in den Vereinen (siehe Punkt 10), die massiv unterstützt werden muss weil hier besonders die präventiven Gesichtspunkte im Interesse der Stadt liegen sollten. Die Arbeit, die in den Vereinen geleistet wird, betrifft schließlich nicht nur die sportliche Betreuung, sondern ist eine unschätzbare soziale Leistung. Deshalb müssen den Vereinen die Sport und Übungsstätten weiterhin kostengünstig zur Verfügung stehen.

Wichtig für die Jugend sind auch günstige Eintrittskarten für Schüler, Auszubildende, Zivil- und Wehrdienstleistende. Außerhalb der Vereine müssen jedoch auch Möglichkeiten geschaffen werden, die von den Jugendlichen gefordert und vermisst werden. Hierzu gehört z.B. eine Eventwiese, wie sie jetzt im Zusam-

menhang mit der möglichen Realisierung der Westernstadt im Gespräch ist. Hier sollte die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Einfluss nehmen und hierfür die Voraussetzungen schaffen.

Ein weiteres Thema sind die Nachtbusse sowie das Anruf – Sammel-Taxi. Das Angebot muss auf jeden Fall erhalten bleiben und wo nötig, auch ausgebaut werden.

Die Förderung von Familien in allen sozialen Belangen richtet sich, wie alle Förderungen, nach der Wirtschaftskraft der Stadt. In diesem Bereich kann und muss jedoch noch mehr geschehen und insofern ist es notwendig, hier Prioritäten im Gegensatz zu anderen Ausgabegebieten zu setzen.

- a. Ausbau von Familienzentren zur Förderung vorschulischer Erziehung.
- b. Wo immer es möglich ist, sollen kinderreiche Familien besonders unterstützt werden. Hier denken wir an die Einführung eines Familienpasses, damit die Nutzung öffentlicher Einrichtungen und die Teilhabe am öffentlichen Leben allen ermöglicht wird.

3 Kindergärten, Schule und Weiterbildung

Die Diskussion um die Streichung der Kindergartenbeiträge halten wir für nicht seriös, solange nicht dargelegt wird, wie dieses Versprechen finanziert werden soll.

Unser Jugendamt hat insgesamt einen sehr guten Ansatz geschaffen, damit Familien, Kindergärten, Schule und Weiterbildung verknüpft werden. Dem ist bei Verwirklichung kaum etwas hinzuzufügen. Die Vision ist die Entwicklung zu einem Gesamtsystem, welches Bildung, Erziehung und Betreuung vereinen soll. Es macht deutlich, dass Bildungsinfrastruktur nicht nur dem einzelnen dient sondern auch zum Standortfaktor für die Kommunen wird.

Diese Vorstellung würden wir gerne erweitern. Langfristig muss es unser Ziel sein, die Vernetzung von Erziehungs- und Bildungsarbeit über die staatlichen Institutionen hinaus auf die gesamte Stadt, auf alle Organisationen und Initiativen und alle die, die Verantwortung übernehmen wollen, auszudehnen. Wir hoffen damit die Teilhabe aller am städtischen Leben zu fördern und die kommunale Identität von Anfang an zu stärken.

Unser Nahziel zur Zeit muss aber sein, die Vernetzung der Schulen mit der heimischen Wirtschaft zu verbessern, damit möglichst viele Schulabgänger Praktikumsplätze und langfristig auch Ausbildungsplätze hier vor Ort bekommen. In diesem Zusammenhang halten eine Erhöhung der Schulpraktikumsquote seitens der Stadtverwaltung für notwendig, um eine frühe Nachwuchsförderung einzuleiten.

Beim Thema Bildung, wurde bei den Diskussionen mit den Schülern aber auch deutlich, dass mehr Tatkraft bei der Renovierung der Schulen erwarten wird. Man müsse alte und stinkende Toiletten sanieren und genügend Geld für die technische Ausstattung der Klassen mit Computern und Beamern ausgeben.

4. Umwelt und Ökologie

Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für unsere Lebensgrundlage. Deshalb setzen wir uns für die Umsetzung technisch möglicher und ökonomisch sinnvoller regenerativen Energien wie z.B. Förderung der Erdwärme, dem Einsatz von Blockheizkraftwerken und der Solarenergie ein. (siehe auch Punkt Stadtwerke sowie Punkt Bauen und Wohnen)

Die Erhaltung und die Erweiterung der vorhandenen Erholungsgebiete und Freizeitanlagen kann nur in unser aller Interesse liegen und zahlt sich langfristig auch ökonomisch aus (siehe Punkt Wirtschaft/ Tourismus)

Das von der Landesregierung aufgelegte Programm zur Minimierung des Flächenverbrauchs und gegen die Zersiedlung der Landschaft und damit zusätzliche Versiegelung der Böden sollten wir kommunal strikt umsetzen.

5. Seniorenpolitik

Die Älteren von heute wollen ihr Leben selbstbestimmt gestalten, sie wollen teilhaben an gesellschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen. Die anzutreffende große Bereitschaft, ihre Kenntnisse, ihre Lebenserfahrung und ihr berufliches Know-how zu nutzen und einzubringen muss gefördert werden.

Es müssen Rahmenbedingungen in den Bereichen Stadtentwicklung und Wohnen, bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe an der Gesellschaft geschaffen werden. Die bestehenden Netzwerke und Initiativen müssen erhalten und verbessert werden. Wie bei den Jugendlichen, sollten auch die Senioren aktiver in die Politik eingebunden werden.

6. Bauen und Wohnen

Keine weiteren Ausweisungen von Baugebieten, solange bestehende Baugebiete nicht ausgelastet sind. Z.B. Bierbaumgelände, Neumühlenallee, hinter den Brinkgärten, Peterskamp.

Die Erfassung der unbebauten Grundstücke durch das städtische Geoinformationssystem (GIS) dürfte abgeschlossen sein und somit können gezielt Lückenschlüsse sowohl in den Baugebieten als auch in den bestehenden Gewerbe bzw. Industriegebiete durchgeführt werden. In reinen Baugebieten könnte die Stadt mit finanziellen Anreizen Lückenschlüsse fördern. Ein solches Programm wäre wesentlich billiger, als Millionen in die Erschließung neuer Baugebiete zu stecken.

Besonders wichtig ist der Einsatz erneuerbarer Energien. Private Bauherren und Investoren sollen bei der Umsetzung besonders im Bereich von Renovierungsmaßnahmen jegliche Unterstützung seitens der Stadt und der Stadtwerke erhalten. Bebauungspläne sollen, wo immer es möglich ist, so ausgelegt werden, dass eine Nutzung regenerativer Energien möglich ist.

Falls es erforderlich ist, sollte die Fassaden- und Gestaltungssatzung überarbeitet und auch die Baugrenzen, wo möglich gelockert werden, um Investoren nicht abzuschrecken.

7. Verkehr

Die Parkraumsituation in der Innenstadt ist weiterhin unbefriedigend. In Konkurrenz zum Kuhncenter oder den Märkten in Gemen mit ihren kostenlosen Parkplätzen ist das Kerngebiet der Stadt benachteiligt. Aus Gründen der Chancengleichheit fordern die FWB deshalb die Erreichbarkeit des Marktplatzes zu verbessern. Die Parkpalette auf dem de-Wynen Platz sollte erstellt werden, bevor die geplante Ansiedlung auf dem Marktplatz durchgeführt wird. Das wird unserer Meinung nach zu einer wesentlichen Belebung der Innenstadt beitragen und weitere Leerstände verhindern. Eine weitere interessante Variante um die Parkraumsituation innenstadtnah zu verbessern, ist ein Parkplatz im Bereich des ehemaligen Stadtgrabens (wie an der Wallstraße), gegenüber des Rathauses.

Insgesamt ist es notwendig, das vorhandene Straßen- und Fahrradwegenetz in seiner Substanz zu erhalten und dort, wo es erforderlich ist, auszubauen (Bahnhofstraße) bzw. zu optimieren.

Sicherung des ÖPNVs und das Angebot, wo es notwendig erscheint, bedarfsgerecht ergänzen. Wichtig ist besonders eine gute Anbindung aller Stadtteile an die Innenstadt und die Anbindung an den überregionalen Verkehr.

Ein Problem ist in vielen Wohnbereichen die Parkplatzsituation. Hier fänden wir die Erarbeitung einer Stellplatzordnung für das gesamte Stadtgebiet sinnvoll. Einen entsprechenden Antrag werden wir nach der Wahl stellen.

8. Innenstadt

Die letzte Umgestaltung des Marktplatzes hat die Attraktivität der Innenstadt kaum erhöht. Die erhoffte Kaufkraftbindung für diesen Bereich der Stadt ist leider nicht eingetroffen.

Die Belebung und Attraktivitätssteigerung der Borkener Innenstadt ist demnach eins der wichtigsten politischen Handlungsfelder, weil nur eine pulsierende Stadt Anziehungspunkt für die Bürger, für die Bewohner des Umlandes und für auswärtige Besucher ist. Wichtig für Borken ist u.a. die Erhöhung der Steuereinnahmen auf der Gewerbesteuerseite. Dies kann aber nur realisiert werden, wenn bspw. Borkener Händler mehr umsetzen. Wir müssen uns deshalb vermehrt um auswärtige Kunden und Besucher bemühen! Um diese konkurrieren wir aber mit andern Städten. Dazu muss Borken gerüstet werden und vor allem ein attraktives Stadtbild bieten und keine hässlichen Baulücken in den besten Lagen.

Die Freien Wähler schlagen konkret vor, das Kettelhack-Karree mit wirklich attraktiver Bebauung zu schließen. Die Stadt sollte dabei, sofern sich kein privater Investor findet, als Bauherr auftreten damit endlich eine attraktive Anbindung an das Kuhncenter verwirklicht wird.

Eine lebendige Innenstadt muss durch infrastrukturelle Maßnahmen gefördert werden. (siehe auch Verkehr: Verbesserung der Erreichbarkeit etc.) Die Umsetzung einzelner Maßnahmen des städtischen Rahmenplanes, wie die Umgestaltung des Kirchplatzes oder die Errichtung der Aa Terrassen, muss ebenfalls angegangen werden. Bausünden wie Kaufland oder Vennehof sind bei einer evtl. Marktplatzbebauung zu vermeiden. Insofern muss die angedachte Bebauung durch die ITG eine verträgliche städtebauliche Lösung darstellen, die

vor allen mit den direkten Anliegern abgestimmt werden muss.

Private Initiativen wie jetzt im Neutorviertel sind unbedingt zu unterstützen und zu fördern.

9. Stärkung der Ortsteile

Was über die Innenstadt gesagt wurde, gilt natürlich auch für die Ortsteile. Die Grundversorgung der Bürger mit den Gütern des täglichen Bedarfs muss sichergestellt sein, ebenso wie die Erreichbarkeit von Arzt, Apotheke Post und Banken. Dies ist jedoch weitgehend von der Eigeninitiative und der Risikobereitschaft einzelner Geschäftsleute abhängig. Die Stadt kann hier nur Hilfestellung geben und die Rahmenbedingungen für Handel und Dienstleistung schaffen.

Gerade die Ortsteile brauchen für ihre Schulen und Kindergärten eine langfristige Zukunftssicherung. Deshalb sollten wir alles daran setzen, auch die Hoxfelder Schule zu erhalten. Schulen und Kindergärten in allen Ortsteilen sind die Voraussetzung für die Entscheidung junger Familien, sich in diesen Ortsteilen niederzulassen.

10. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Erhaltung der Lebens- und Wohnqualität der Stadt und ihrer Ortsteile. Die jederzeitige und rechtzeitige Information und öffentliche Diskussion wichtiger Fragen unter anderem, der Bauleitplanung, Ausweisung von Gewerbegebieten, Verkehrsführung und Straßenbau.

11. Kultur:

Kultur muss für die Allgemeinheit zugänglich und bezahlbar sein. Aus diesem Grunde müssen die Kosten und Beiträge für Musikschule und VHS so niedrig wie möglich gehalten werden um der breiten Öffentlichkeit auch in Zukunft den Zugang zur Kunst und Kultur zu ermöglichen. Nach dem Ankauf des Museums sollen die jetzt vorhandenen Räumlichkeiten für Kunst und Kultur genutzt werden. Das Kulturleben Borkens, das weitgehend durch Eigeninitiative vieler Vereine geprägt ist, muss stärker als bislang gefördert und bezuschusst werden. Hierzu gehören natürlich auch die Heimatvereine der Ortsteile.

Die Idee des Wettbewerbs I can, you can, Borken, die „Muschel“ vom Marktplatz in den Park zu versetzen und dort zumindest im Sommer regelmäßige Veranstaltungen unter der Rubrik „Kleinkunst, Konzerte und Ähnliches“ durchzuführen, sollte überdacht werden. Möglich wäre dies aber auch auf dem Marktplatz, ebenfalls eine Idee des Wettbewerbs. Zur Kultur gehört unserer Ansicht nach ein breiteres Angebot für die Jugend.

Wir brauchen den Borkener "Eventacker" für Rockkonzerte (evtl.) mit Zeltplatz – und für andere Arten von Events. Am einfachsten wäre dies wahrscheinlich mit privaten Betreibern umzusetzen. die Stadt müsste lediglich die Infrastruktur bereitstellen.

Im kulturellen Bereich sollen "Kulturlotsen" Anreize bieten, sich das Angebot von Theatern, Museen sowie an Ausstellungen anzuschauen.

12. Vereine

Das soziale, sportliche und kulturelle Leben in Borken wird weitgehend durch die Vereine geprägt. Sie sind fester Bestandteil unseres städtischen Lebens, das ohne sie undenkbar wäre. Sie ermöglichen gesellschaftliches Engagement und ein Miteinander über alle sozialen Schranken hinweg. Sie verhelfen vor allen Dingen Jugendlichen zu eigenen sozialen Erfahrungen außerhalb von Schule und Elternhaus. Dieser Aspekt ist besonders für die Integration der Jugendlichen aus anderen Kulturen wichtig und wesentlich. Für die Älteren ist der Verein eine Gemeinschaft oft für das ganze Leben.

Ein reichhaltiges Angebot zur aktiven Freizeitgestaltung ist mittlerweile ein wesentlicher Standortfaktor jeder Kommune und ein solches Angebot trägt natürlich auch, neben dem schon erwähnten Sozialverhalten, zur Gesundheit und zur Bildung bei.

Insofern ist Vereinsförderung nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar. Die Mitgliedschaft und Mitarbeit vor allem von Jugendlichen sollte in unserem besonderen Interesse liegen. Hier wäre ein abgestufter Zuschuss, je nach Anzahl der jugendlichen Mitglieder denkbar.

Was über die Vereine im Allgemeinen gesagt wurde, gilt natürlich und besonders auch für

Sportvereine

Borken ist eine sportfreundliche Stadt. Daher ist es notwendig, die Sportförderung trotz der schwierigen Finanzlage in die wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren sein werden, auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Die Sanierung von Sportstätten ist überall dort durchzuführen, wo es notwendig ist. Hier soll ein Sanierungsprogramm aufgelegt werden, dass nach und nach die Mängel beseitigt. In diesem Zusammenhang sollte die Stadt sich bei der Verwirklichung der Nutzung regenerativer Energien beteiligen, wo dies sinnvoll und möglich ist, damit die laufenden Kosten gesenkt werden können. Es muss vor allen Dingen ein langfristiges Konzept entwickelt werden, damit die Vereine Perspektiven haben und wissen, womit sie rechnen können.

In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit mit den Schulen unumgänglich.

Ein wesentlicher Punkt ist die ehrenamtliche Tätigkeit ohne die in den Vereinen nichts geht. Diese ehrenamtliche Tätigkeit gilt es zu stärken, zu unterstützen und zu honorieren.

13. Stadtwerke

Die Versorgung der Bevölkerung und der heimischen Industrie mit kostengünstiger Energie, Gas und Wasser sind das Kerngeschäft und die Kernaufgabe der Stadtwerke. Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“, unterstützen wir die Teilhabe der Stadtwerke an überregionalen Projekten, die ressourcenschonende Energie erzeugen und den Bürgern langfristig Versorgungssicherheit gewährleisten.

14. Verwaltung

Der Gang zur Verwaltung ist für viele Bürger, zumal aus den Ortsteilen nicht immer einfach zu bewerkstelligen. Deshalb schlagen wir vor, probeweise eine Samstagssprechstunde von 10Uhr bis 12Uhr einzurichten. Es könnte über einen Zeitraum von ca. einem halben Jahr geklärt werden, ob eine solche bürgerorientierte Sprechstunde sinnvoll ist oder nicht.

Den Zielen dieses Wahlprogramms sind die Kandidaten der FW verpflichtet.